Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 7 (1966)

Heft: 3

Artikel: Gulaschkommunismus zu neuen Preisen

Autor: Schmidt, E.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1077153

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gulaschkommunismus zu neuen Preisen

In den vergangenen Jahren bemühte sich die ungarische Propaganda, von der wirtschaftlichen Lage des Landes — vor allem im Westen — ein äusserst günstiges Bild zu geben. Man lud einzeln und in Gruppen ausländische Journalisten ein, die das Land «völlig frei» kreuz und quer bereisen konnten und dank einer geschickten Organisation, überall nur zufriedene Arbeiter, blühende Produktionsgenossenschaften und glückliche Genossenschaftsbauern getroffen haben. Einige sahen in der lautstark verkündeten Wirtschaftsreform und den damit verbundenen Diskussionen, die in Wirklichkeit freilich unter strengster Parteikontrolle standen, nur die weitgehende Liberalisierung des ganzen Wirtschaftslebens, bei deren Verwirklichung die kommunistischen Institutionen langsam verblassen würden.

Was es kostet

Diesem beruhigenden und rosigen Wunschbild haben die jüngsten Preiserhöhungen der ungarischen Regierung, vor allem aber ihre Begründung ein jähes Ende bereitet.

Knapp vor den Weihnachtsfeiertagen — als ein «Geschenk der Partei», wie man in Budapest sagt — gab die Regierung die Erhöhung der Preise zahlreicher Grundnahrungsmittel und Dienstleistungen bekannt. Danach steigt der Verbraucherpreis von Rindfleisch um durchschnittlich 50 Prozent, von Schweinefleisch um durchschnittlich 30 Prozent und von Milchprodukten um 15 bis 19 Prozent. Entsprechend werden in diesem Zusammenhang auch die Preise für Fleischwaren sowie die Preise der Gaststätten und Betriebsküchen erhöht. Das Heizmaterial (Kohle, Koks usw.) wird um 25 Prozent teurer und damit schlagen auch die Zentral- und Fernheizungen entsprechend auf. Ebenso ist auch bei sämtlichen städtischen Verkehrsmitteln eine grössere Preissteigerung angekündigt worden. Ferner müssen die Kleingewerbetreibenden, die Kaufleute sowie die Angehörigen freier Berufe in Zukunft höhere Einkommensteuer bezahlen und bei den höheren Monatseinkünften — was vor allem die intellektuellen Berufe betrifft — werden progressiv steigende Pensionsbeiträge abgezogen. Zur gleichen Zeit hatte man auch die Erhöhung der staatlichen Aufkaufpreise für gewisse pflanzliche und tierische Produkte sowie die Herabsetzung der Schweineschmalz- und Speckpreise bekanntgegeben.

Erklärungen

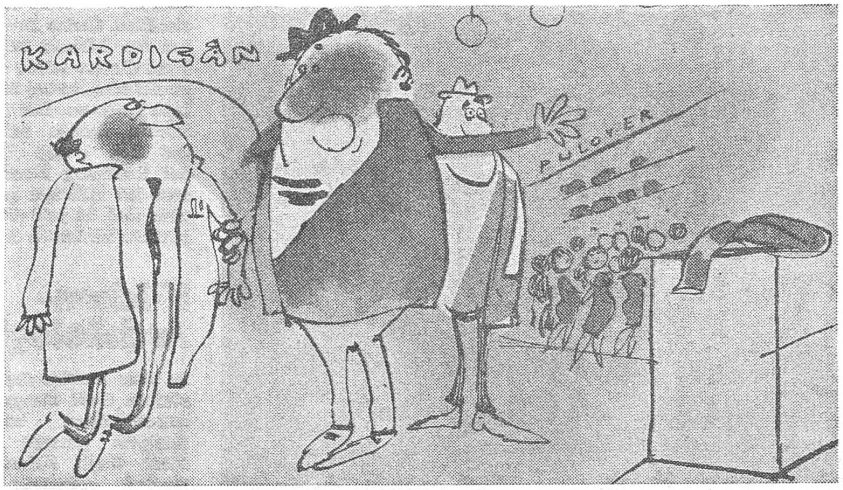
Um die zu erwartende katastrophale Wirkung dieser drastischen Preiserhöhungen irgendwie aufzufangen, stellte die Regierung gleichzeitig die Verbesserung gewisser Löhne, der kleineren Pensionen, der Kindergelder und einiger Zulagen in Aussicht. Es wurden je Gruppe Globalsummen angegeben, woraus natürlich niemand errechnen kann, wie viel er zu erwarten hat, oder ob er überhaupt berechtigt ist, eine Aufbesserung zu erhalten. Auf Grund unerfreulicher Erfahrungen der Vergangenheit befürchtet die Bevölkerung, dass die versprochenen Lohnerhöhungen die sprunghafte Verteuerung der Lebenshaltungskosten nicht wettmachen werden. Wie weit dieses Misstrauen berechtigt ist, geht aus einer Erklärung des Politbüromitgliedes und stellvertretenden Ministerpräsidenten, J. Fock, hervor, der in Zusammenhang mit der massiven Erhöhung der Fleischpreise offen zugeben musste, dass die als Gegenmassnahme gedachte Herabsetzung der Schweinefett- und Speckpreise «die Auswirkungen der Fleischpreiserhöhung nicht ausgleichen, sondern nur etwas mildern» werde.

Preiserhöhungen dieser Art sind in Ungarn seit der kommunistischen Machtergreifung keine Neuigkeit. Als Rakosi, der übelste Statthalter Moskaus, im Jahre 1949 die Macht mit Hilfe der sowjetischen Besatzungstruppen übernahm, fing er seine Tätigkeit ebenfalls mit einer Erhöhung der Lebensmittelpreise an. Nach fünfzehn Jahren unbeschränkter Herrschaft finden seine Nachfolger auch heute noch keinen besseren Ausweg. Dass damit der Lebensstandard der werktätigen Bevölkerung einen Rückschlag erleidet, scheint die sich gegenwärtig «Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei» nennende KP ebenso wenig zu interessieren, wie vorher, als sie noch «Partei der Ungarischen Werktätigen» war.

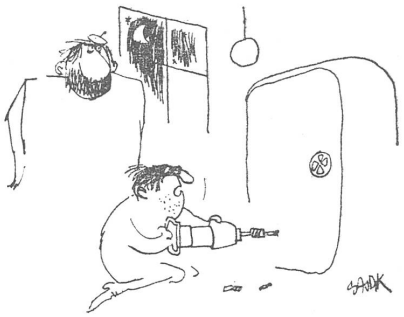
Die obersten Parteistellen waren in einer gewissen Verlegenheit, als sie diese unerfreulichen Massnahmen begründen wollten. Zuerst erklärten sie die Fleischpreiserhöhungen damit, dass in Ungarn die Fleischpreise niedriger seien als in den anderen sozialistischen Ländern, was sich auf die Wirtschaftlichkeit des Fremdenverkehrs ungünstig auswirke. Da dieses Argument wenig Anklang fand, schob man die Bauernschaft in den Vordergrund und behauptete, ihr Lebensstandard müsse radikal verbessert bzw. dem der Arbeiter angepasst werden, um die Abwanderung einzudämmen und eine normale Agrarproduktion zu ermöglichen.

«Kapitalistische» Preisschere

So erklärte der Stellvertretende Ministerpräsident Fock in einer Presseerklärung, dass die Erhöhung der staatlichen Aufkaufpreise deshalb vordringlich gewesen sei, weil die bisherigen Preise den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) keine Möglichkeit gegeben hätten, die abgenützten Ausrüstungen aus eigenen Mitteln zu erneuern oder auf dieser Basis irgendwelche Investitionen vorzunehmen. Der Grund dafür liege in der Preisschere, das heisst in der Differenz zwischen den Agrar- und Industriepreisen zu Ungunsten der Landwirtschaft, die die Produktionsgenossenschaften zur Aufnahme immer weiterer Bankkredite gezwungen habe, was letzten Endes zu ihrer totalen Verschuldung führe. Nach den Ausführungen des Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates, L. Feher, lagen im Jahre 1964 die Agrarpreise um 26 Prozent unter dem Erzeugerpreis, die Industriepreise dagegen um 11 Prozent darüber. Zwischen 1958 und 1964 erhöhten sich die Preise der in der Landwirtschaft benötigten Industrieerzeugnisse um 27 Prozent, wogegen die Agrarpreise unverändert blieben. Um einen totalen Bankrott der Produktionsgenossenschaften zu verhüten, sah sich der Staat gezwungen, die so entstandenen Mehrkosten in Form von Subventionen



Solange das Geld noch etwas wert ist: «Packen Sie mir die ganze Strickwarenabteilung ein.» («Ludas Matyi», Budapest)



Nicht einmal Einbrecher kommen zu Geld: «Wir müssen es der Zeitung schreiben: schon der zweite Bohrkopf, der abbricht.» («Ludas Matyi»)

zu vergüten. In Wirklichkeit reichten diese Beträge nur für zwei Drittel der gesamten Mehrkosten aus, so dass für den Rest die ohnehin schon benachteiligte Landwirtschaft selbst aufkommen musste.

Die Tatsache, dass es in Ungarn zu einer Preisschere, mit anderen Worten zu einem gestörten Gleichgewicht der Agrar- und Industriepreise kommen konnte, steht übrigens in Widerspruch zu der bekannten marxistisch-leninistischen These, dem «Gesetz der planmässigen, proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft», welches «die Herstellung rationeller Proportionen zwischen der Industrie und der Landwirtschaft» gewährleisten sollte. Das in Budapest veröffentlichte ungarische Lexikon bezeichnet die Preisscherre als eine typische Erscheinung des Kapitalismus, die — als logische Folge — in den sozialistischen Staaten nicht entstehen kann. Deshalb sind die oben zitierten Aussagen der ungarischen Spitzenfunktionäre über die Preisschere nur ein weiterer Beweis dafür, wie wenig sich der Marxismus-Leninismus als Grundlage für eine moderne Wirtschaft eignet.

Unter solchen Umständen bildete sich zwangsweise zwischen dem Lebensstandard der Arbeiter und dem der Bauern zum Nachteil letzterer eine relativ tiefe Kluft. Minister Feher schätzte diese Differenz auf rund 20 Prozent, was für ein Land, das sich in seiner Verfassung (Art. 2) als «Staat der Arbeiter und werktätigen B a u e r n» bezeichnet, etwas eigenartig erscheint. Trotz ihrer bevorzugten Lage versorgt die Industrie die Landwirtschaft nur unbefriedigend. Den Mitteilungen des Stellvertretenden Landwirtschaftsministers, J. Hont, zufolge, lässt die Qualität der für die Landwirtschaft gelieferten Maschinen sehr viel zu wünschen übrig, vor allem was ihre Lebensdauer betrifft.

Als direkte Folge der diskriminierenden Agrarpolitik setzte, besonders unter der Jugend, eine noch nie dagewesene Landflucht ein. Nach den Angaben von Minister Hont verliessen seit der Zwangskollektivierung des bäuerlichen Bodens (1959/60) rund 400 000 Personen die Landwirtschaft und liessen dort nur die ältere Generation zurück, die keine Chancen hatte, in der Industrie Beschäftigung zu finden. Das durchschnittliche Alter der ungarischen Genossenschaftsbauern beträgt gegenwärtig 55 Jahre. Alle diese, unter dem Druck der Ereignisse erfolgten Enthüllungen sind deshalb bemerkenswert, weil die darin enthaltenen Tatsachen bisher von der Partei entschieden bestritten und als verleumderische Propaganda der Imperialisten gebrandmarkt wurden. Nach den Planberichten der letzten Jahre und den verschiedenen Erklärungen der Parteiprominenz, hätte die vollkollektivierte ungarische Landwirtschaft bedeutend bessere Erfolge erzielt als die privaten bäuerlichen Wirtschaften der vorhergehenden Jahre. Deshalb sind diese unerwarteten Mitteilungen ein weiterer Beweis dessen, wie wenig Vertrauen man den amtlichen Erklärungen und Statistiken schenken kann.

Das Gleiche kann übrigens auch bezüglich der Dienstleistungen gesagt werden. Wie aus dem amtlichen Bericht hervorgeht, ist die Verteuerung des Heizmaterials deshalb unvermeidlich geworden, weil seine Preisstützung dem Staat jährlich 1,4 Milliarden Forint (amtlicher Kurs: 100 Forint = 37,27 Schweizer Franken, Schalterkurs Bern: 100 Forint = 8 bis 10 Schweizer Franken) gekostet habe. Mit Hilfe der neuen Preise hofft man dieses jährliche Defizit auf 820 Millionen Forint zu verringern. Eine analoge Lage ergab sich auch bei den öffentlichen Verkehrsmitteln, die mit einem Jahresdefizit von 600 Millionen Forint gewirtschaftet haben.

Die Erhöhung der Fleischpreise bedeutet einen empfindlichen Schlag für das Budget der Privathaushalte. Schon bisher kostete ein Kilogramm Schweinefleisch 28 bis 34 Forint und ein Kilogramm Rindfleisch 26 bis 32 Forint. Als Ersatz hat die Regierung mehr Geflügelfleisch versprochen. Dies kann man aber meistens nur am sogenannten freien Markt bekommen, wo ein Kilogramm (Lebendgewicht) 37 bis 40 Forint kostet.

Mit der Verteuerung der Dienstleistungen und Heizmaterialien vermindert sich nicht nur der Reallohn, sondern auch der Bruttolohn. Im kommunistischen Lohnsystem werden nämlich zum Bruttolohn nicht nur die ausgezahlten Geldbeträge, sondern auch die billigen Dienstleistungen hinzugerechnet. Deshalb ist jede Verteuerung auf diesem Gebiet eine gleichzeitige Verminderung des Bruttolohnes. Wie es gegenwärtig aussieht, muss man diesbezüglich mit weiteren Rückschlägen rechnen: am Heizmaterial besteht noch immer ein staatliches Defizit von rund 800 Millionen Forint, und die gegenwärtigen Mieten der verstaatlichten Häuser decken nicht einmal die Kosten der Reparaturen und der Instandhaltung. Auch hier drängt sich die Notwendigkeit einer ähnlichen Lösung auf.

Reaktionen

Wie aus den bisherigen Presseberichten aus Ungarn hervorgeht, wurden diese unerwarteten Preiserhöhungen von der Bevölkerung und sogar von den einfachen Parteimitgliedern sehr ungünstig, in vielen Fällen mit einer Art Panikstimmung aufgenommen. Man kann sich vorstellen was für Szenen sich an den Parteiversammlungen abspielen mussten, wenn schon der veröffentlichte Bericht über «scharfe Diskussionen» spricht. Die ganze Budapester und Provinzpresse, sogar die Zeitungen der katholischen, protestantischen und jüdischen Gemeinden hatten die Anweisung erhalten, die Bevölkerung über die Notwendigkeit der neuen «Preisregelung» zu überzeugen und ihr zu erklären, dass angesichts der in Aussicht gestellten, in der Wirklichkeit aber noch unbekannten Lohnerhöhungen sowie infolge der daraus zu erwartenden Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihr Lebensstandard sich eigentlich «erhöht» habe. Diese, für die besten Zeiten des Stalinismus charakteristische Logik, scheint die Bevölkerung, die schon viele derartige Erhöhungen ihres Lebensstandardes mitgemacht hatte, nicht sehr überzeugt zu haben, so dass die Regierung sich veranlasst sah, zu der wohlbewährten Methode der Verhaftungen zurückzukehren. Die Geheimpolizei (AVO), die sich in den vergangenen Jahren etwas zurückhielt, trat wieder in den Vordergrund, um mit ihren Verhaftungen die Bevölkerung zu «beruhigen». Die Wiener Presse spricht von 160, die ungarischen Stellen dagegen nur von 11 Personen, die seit der Bekanntgabe der Preiserhöhungen in Gewahrsam genommen wurden. Wo die Wahrheit liegt, kann man vorläufig noch nicht feststellen, denn die Verhaftungen der Geheimpolizei bleiben auch heute noch grösstenteils unbekannt.

E. Schmidt

Aus dem SOI

Zu unserem englischsprachigen Pressedienst schreibt «Catholic Standard» von Georgetown in Britisch Guiana: «Unter den vielen Quellen ... befindet sich ein wenig bekannter, aber hochwertiger wöchentlicher Kommentardienst unter dem Namen Swiss Press Review and News Report. Dieser von Ian Tickle und Peter Sager redigierte Dienst erreicht uns jede Woche aus der Schweiz, und wir haben in unserer Zeitung häufig Neuigkeiten und treffsichere Kommentare daraus veröffentlicht. Die Herausgeber scheinen über einzigartige Kontakte in verschiedenen Teilen der Welt zu verfügen, denn häufig bringen sie genaue und relevante Informationen, die andern, vielleicht grösseren Agenturen entgangen sind ...»